

Nur Freiheit garantiert Frieden

Die Ideen von 1989 - und was aus ihnen wurde

geschrieben von Ilko-Sascha Kowalczyk

»1989« war eine Freiheitsrevolution – gegen die kommunistischen Diktaturen, gegen den Sowjetimperialismus. Sie war siegreich, weil sie supranational und länderübergreifend für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eintrat. Die Freiheitsrevolution »1989« ging ab 1980 von Polen aus und breitete sich allmählich, im Zickzack und mit vielen Rückschlägen, über das gesamte Imperium aus – von Danzig nach Krakow, nach Budapest, Riga, Vilnius und Tallinn, Lwiw und Kyjiw, Ost-Berlin und Prag, Bukarest und Sofia, Tbilisi und Duschanbe.

Die Grundanliegen – Freiheit und Unabhängigkeit – waren überall gleich, die Erscheinungsbilder waren höchst unterschiedlich. Wie in den meisten Ländern mit Ausnahme Polens und der baltischen Staaten war auch in der DDR nur eine kleine Minderheit aktiv an der Freiheitsrevolution beteiligt. Die Freiheit selbst errungen zu haben durch Weggehen und Flucht bzw. durch Demonstrationen und zivilgesellschaftliche Organisationen – Bürgerbewegungen – war die unmittelbare Vorbedingung für den Mauerdurchbruch am 9. November 1989 – das Symbol der Freiheitsrevolution schlechthin.

Nach dem 9. November 1989 veränderte sich in der DDR die Geschäftsgrundlage – nun war politisch-öffentliches Handeln in weitaus größeren Dimensionen als bis Ende Oktober 1989 möglich geworden. Die Trägerschichten der Revolution änderten sich ebenso rasch, wie nun der Umbruch zu einer Massenbewegung wurde. Als die ersten freien Wahlen am 18. März 1990 in der DDR erfolgten, stimmten etwa drei Viertel der Wahlberechtigten für den schnellsten Weg zur deutschen Einheit und für die schnellstmögliche Einführung der DM. Die erfolgte zum 1. Juli 1990 und wurde zur drastischsten Zäsur innerhalb der Revolution und gleichzeitig zum Ausgangspunkt einer umfassenden ökonomischen, sozialen und auch kulturellen Transformation. Nirgends im postkommunistischen Raum erfolgte die Transformation so radikal, schnell und mit vielerlei Brüchen versehen wie in Ostdeutschland – und nirgends fiel die Gesellschaft sozial-materiell so sanft, aufgefangen vom bundesdeutschen Sozialstaat, wie hier.

Anders als etwas Dirk Oschmann in seinem Megabestseller »Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung« behauptet, war der Osten kein Objekt in diesem Prozess, das sich nicht selbst einbringen konnte. Am Anfang stand ein Mehrheitswille, alles so schnell wie möglich zu bekommen, vor allem die DM. Warnungen, die auf die dramatischen Folgen hinwiesen, wurden als Panikmache abgetan. Vom Trabi auf ein modernes Auto umzulernen ist eine Frage von Stunden oder Minuten – auch wenn die neue Zugkraft beherrscht werden will und es gerade in den ersten zwei, drei Jahren zu einer signifikanten Erhöhung der Verkehrsunfälle mit Verkehrstoten kam. Aber aus einer Diktatur entlassen zu werden und nunmehr zu erlernen, wie Demokratie, Zivilgesellschaft, Freiheit, soziale Marktwirtschaft funktionieren, ist kein selbsterklärender Prozess, sondern bedarf Lernprozessen, die man angehen wollen muss. Niemand, jedenfalls wenn man erwachsen ist, zwingt einen dazu. Sehr schnell war jedoch zu beobachten, was sich immer stärker ausprägte und was ich einen »Freiheitsschock« nenne. Freiheit bedeutet, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen. Daran mangelte es von Anfang an im Osten – hier herrschte und herrscht ein Staatsverständnis, das am ehesten einer Dienstleistungseinrichtung ähnelt, bei der man selbst nichts zu erbringen habe.

Ostdeutschland ist heute nur ein Vorbote für Entwicklungen, die in der gesamten westlichen Welt zu beobachten sind: Die Demokratie wird von autoritären Erlösungsfantasien bedroht. Es geht ein Gespenst um in Europa, und das heißt Freiheit. Überall in Europa erstarken Parteien und politische Strömungen, die autoritäre Staatsstrukturen anstreben.

Und natürlich macht Ostdeutschland keine Ausnahme. Ganz im Gegenteil. Der kleine, an sich unbedeutende Landstrich mit wenigen Millionen Menschen im Herzen Europas, dessen Bewohnerinnen und Bewohner gern so tun, als wären sie der Mittelpunkt der Welt und ihre Erfahrungen wären einzigartig (»Ostdeuschtümelei«), marschiert kräftig mit und zum Teil voran.

Hier radikalisiert sich rechts- und linksextreme Strömungen besonders. Hier stoßen historische und aktuelle Entwicklungen besonders scharf aufeinander. Das macht ihn interessant, weil Ostdeutschland in dieser Perspektive wie eine Art Labor der Globalisierung, einer möglichen Zukunft, ja, einer möglichen düsteren Zukunft fungiert.

Das war 1989 alles unvorstellbar. Die Freiheitsrevolution von 1989 verhieß eine lichterlohe Zukunft, einen Aufbruch, der nie enden sollte. Es kam anders. Die Revolution für Freiheit und gegen die SED-Diktatur sowie die demokratische deutsche Einheit: zwei historische Ereignisse, über die viel geredet, diskutiert, gestritten worden ist. Sie beendeten die Nachkriegszeit in Deutschland, sie ermöglichten das neue Europa. Wir wissen heute noch weniger als vor dem 24. Februar 2022, ob sich 1989/91 – die Revolutionen gegen den Kommunismus und der Untergang/die Auflösung der Sowjetunion – als globale oder auch nur europäische Zäsur durchsetzen wird. Der russländische Krieg gegen die freie Ukraine, gegen Europa, gegen den Westen ist auch ein Kampf um »1989«, darum, ob die Ideen von »1989« siegreich bleiben oder doch noch untergehen.

Für den Mauerfall am 9. November 1989 konnten die meisten Ostdeutschen nichts, die Mauer wurde durchbrochen, ohne dass die große Mehrheit etwas dafür oder dagegen tat. Die Währungsunion am 1. Juli 1990 ist ebenso wie der Mauerdurchbruch von einer übergroßen Mehrheit der Ostdeutschen begrüßt worden. Es scheint offenkundig zu sein, dass beide Ereignisse tief ins Leben jedes einzelnen Ostdeutschen eingegriffen haben – und dabei der 1. Juli noch stärker als der 9. November. Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 präjudizierten den schnellsten Weg zur Einheit, etwa drei Viertel der Ostdeutschen haben die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und die Einführung des bundesdeutschen Rechtssystems einschließlich der repräsentativen Demokratie herbeigewählt. Was sie nicht wählten, nicht einmal ansatzweise glauben wollten, waren die dramatischen sozialen Folgen dieser Entscheidung.

35 Jahre nach dem Mauerdurchbruch sind unsere Welt, unser Europa und unser Deutschland andere geworden. Kaum jemand hatte solche rasanten Veränderungen und Entwicklungen vorhergesagt. Die digitale Revolution stellt die gesamte Welt vor große Herausforderungen. Wir erleben nicht nur weltweit eine Transformationsmüdigkeit, sondern auch eine Transformationsüberforderung. In einer solchen Situation suchen viele Menschen nach Sicherheit. Was gibt mehr Sicherheit als die Vergangenheit? Als man im Rückblick genau wusste, wie es »läuft«, wie man sich zu bewegen hat? Darauf bauen Populisten auf, die eine Zukunft versprechen, die an die »goldene« Vergangenheit erinnert. In Ostdeutschland wird so die DDR, die SED-Diktatur von vielen Menschen immer schöner, immer harmonischer gemalt und gezeichnet. Die Sehnsucht nach der DDR ist bei vielen unübersehbar, allerdings will fast niemand die DDR zurück, wie sie wirklich war, sondern wie sie rosarot weichgezeichnet wird als Erinnerungsruhesaal.

Ostdeutsche tragen einen schweren Rucksack der Geschichte mit sich herum, der prall gefüllt ist. Anders als die Westdeutschen kannten sie bis 1990 keine kollektiven demokratischen und freiheitlichen Erfahrungen. Freiheit und Demokratie sind weitaus beschwerlicher und anstrengender als irgendeine andere gesellschaftliche Form des Zusammenlebens. Demokratie ist zwar ein Staatssystem, aber zuerst eine Lebensform. Wenn man die nicht erlernt hat, wird es schwierig, den Staat, der die Lebensform garantiert, zu akzeptieren. Man muss sie auch erlernen wollen. Wenn wir heute Ostdeutschland betrachten, wird man die Geschichte von vor und nach 1989 als eine Einheit analysieren müssen, um das Gewordensein zu verstehen.

Wir werden nicht als freie Bürger geboren. Mit viel Glück wird man frei. Und mit noch mehr Glück kann man in einem freiheitlichen System leben. Die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist ein solches System und zählt weltweit zu den freiesten überhaupt. Die Freiheit wiederum kann man nur in der Freiheit verraten. Das ist mittlerweile in vielen freien Staaten zum Volkssport geworden, auch in Deutschland.

Tatsächlich erleben wir seit Jahren einen sich zuspitzenden Kampf zwischen Verteidigern der bundesdeutschen Grundordnung und scharfen Kritikern von links wie rechts, die eben diese Grundordnung überwinden wollen. Ostdeutschland spielt hierbei seit 20, 25 Jahren eine Vorreiterrolle. Erst die SED-PDS-Linkspartei, dann die AfD und nun noch das BSW – antiwestliche,

antifreiheitliche Parteien hatten hier immer einen besonders hohen Zulauf. Zwei Drittel der in Ostdeutschland Lebenden können sich vorstellen, Extremisten mit autoritären Staatsvorstellungen zu wählen. In Westdeutschland nimmt dieser Trend ebenfalls zu. Die repräsentative Demokratie ist gefährdet wie nie seit 1949. Der Hass in Teilen Ostdeutschlands auf »den« Westen, auf die »repräsentative Demokratie« oder auf die Zumutungen der Freiheit ist groß. Es geht um Freiheit. Um nichts weniger.

Das 20. Jahrhundert war vom Kampf zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Freiheit und Unfreiheit geprägt. »1989« stand einige Jahre als Chiffre für die zuversichtliche Annahme, dieser Kampf sei entschieden zugunsten von Demokratie und Freiheit. Dieser Trend ist längst gestoppt und umgekehrt. Auch wenn der polnische Widerstandsaktivist David Warszawski lakonisch meinte, wer das Jahr 1989 erlebt habe, besitze nicht das moralische Recht, Pessimist zu sein, hat sich Pessimismus längst auch unter jenen breit gemacht, die 1989 zu den Akteuren zählten, die eine als unerschütterlich gehaltene Diktatur im Osten abschüttelten. In diesen Zeiten, da Demokratie und Freiheit weltweit als fragil und bedroht gelten, ist immer wieder ein Rückblick auf jene, die in der Unfreiheit für Freiheit mit dem Wort, also der Tat eintraten, umso erbaulicher für unsere mögliche Zukunft. Dissidenz ist kein Lebens- oder gar Lustprinzip, sondern die in der Not geborene Einsicht, nicht mehr mitzumachen, die Humanität auch dort zu verteidigen, wo Stacheldraht, Bajonette und Karabiner die Regierenden stützen und schützen. Dissidenten stellen etwas Besonderes dar, weil sie der menschlichen Norm als Abweichung von der Normalität ihrer Gegenwart zur Geltung verhelfen wollen. Sie weichen von der herrschenden Linie ab, weil sie die Herrschenden als Abweichler von der Humanität kennzeichnen und ihnen nicht durchgehen lassen wollen, woran sich die Mehrheit unter Druck angepasst hat. Freiheit ist ein Lebensprojekt, kein Ding, das sich, hat man es einmal, irgendwie festhalten ließe. Sie ist immer und überall bedroht und muss daher immer und überall verteidigt werden, individuell wie gesellschaftlich. Es ist auch ein ewiger Kampf gegen die Macht und damit gegen die Macht des Vergessens. Nur wer erinnert, hat eine Chance, nicht zu unterliegen. Die Mächtigen, zumal die gegen Freiheit Ankämpfenden, ziehen immer und sofort gegen das Gedächtnis, gegen die Erinnerung zu Felde – Putin macht das besonders anschaulich vor. Die Bürgerrechtlerin Freya Klier verteidigt schon seit Jahrzehnten das von ihr formulierte elfte Gebot: Du sollst Dich erinnern!

Heute ist es längst wieder schick, darüber zu räsonieren, dass es doch noch nie einen richtigen Kommunismus gab. Andere meinen, in der DDR war doch nicht alles schlecht. Natürlich, nie ist alles nur schlecht. Selbst im Gefängnis scheint mal die Sonne, nur was kann das Gefängnis dafür? Die DDR war das größte Freiluftgefängnis in Europa nach 1945 – die Mauer war nötig, weil die Menschen millionenfach wegrannten. Nichts, was in der DDR geschah, ist ohne die Mauer, ohne den Todesstreifen, ohne die Schüsse an der innerdeutschen Grenze zu erklären. Die Mauer war Sinnbild eines täglichen Krieges gegen die eigene Gesellschaft, dem niemand entkommen konnte. Die Nachwirkungen dieser Ideologie sind immens bis heute. Das beste Beispiel wäre der Friedensbegriff – noch heute glauben die meisten Ostdeutschen, sie hätten im Frieden gelebt. Die kommunistischen Staaten führten unentwegt Krieg gegen die eigene Bevölkerung, behaupten konnten sie sich nicht ohne Mauern entlang ihrer Grenzen, aber auch nicht ohne solche im Inneren. Nur Freiheit garantiert Frieden – ohne Freiheit gibt es keinen Frieden!

Mein Plädoyer für Erinnerung um der Freiheit willen aber kann nicht verhehlen, dass ich pessimistischer bin, als ich es mir eingestehen mag. Ich habe die 89er-Gewissheit verloren, nie wieder Diktatur und Unfreiheit erleben zu müssen. Es ist so dramatisch, weil der Kampf um Freiheit nicht nur in Deutschland geführt wird, sondern in vielen Ecken dieser Welt. Nicht einmal der verbrecherische Vernichtungsfeldzug der russländischen Föderation gegen die Freiheit, gegen die Ukraine konnte alle in Deutschland lebenden Menschen in eine breite Freiheitsfront zusammenschweißen – ganz im Gegenteil, gerade dieser Krieg hat den Riss, der durch die Gesellschaft geht, offener gelegt als sonst irgendetwas.

Verhindern lässt sich das nur, wenn immer mehr Menschen in Ost wie West, Nord wie Süd das Lebensprinzip von Demokratie und Freiheit – sich einzumischen – mit Leben erfüllen und so die

freiheitlichen Grundwerte unseres Grundgesetzes verteidigen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 10/2025](#).